SPD

Das soziale Deutschland. Gestern. Heute. Morgen.

Die geglückte Demokratie.

Deutschland blickt auf eine Geschichte zurück, die lange Zeit von Obrigkeitsstaat, Völkermord, Unterdrückung und Teilung gekennzeichnet war. Doch es gibt eine zweite Geschichte. Sie begann 1848, vor 160 Jahren, mit der Nationalversammlung in der Paulskirche. Sie wurde vorangetrieben durch die 1863, vor 145 Jahren, im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein begründete Sozialdemokratie. Sie setzte sich erstmals durch vor 90 Jahren bei der Ausrufung der deutschen Republik im November 1918. Sie erlebte ihre schwerste Stunde im Widerstand gegen das NS-Regime. 1933 stellten sich allein die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Reichstag gegen das Ermächtigungsgesetz. Diese zweite Geschichte ist unsere Geschichte, die Geschichte der lange bekämpften, gefährdeten, endlich aber errungenen Freiheit. Dafür steht die Gründung der Bundesrepublik vor 60 Jahren. Dafür steht der Aufbruch, den Willy Brandt vor 40 Jahren unter der Maxime „Mehr Demokratie wagen“ möglich machte. Zu dieser Geschichte gehören Widerstand und Opposition gegen die SED-Diktatur. Die friedliche Revolution machte vor 20 Jahren den Weg frei zum Fall der Mauer 1989 und zur deutschen Einheit. Wir erinnern an diese historischen Ereignisse mit Blick auf die Zukunft. Denn die geglückte Demokratie in Deutschland spiegelt die Ziele, die Hoffnungen, die Kämpfe und die politischen Erfolge der SPD. Diese Geschichte gilt es in Europa und in einer globalisierten Welt fortzuschreiben. Das ist die Aufgabe unserer Zeit.

Kurt Beck, Parteivorsitzender der SPD

Die Freiheitspartei. Gleiche, freie, geheime Wahlen, und zwar nicht nur für Männer. Politische Ämter nicht nur für Reiche oder Adlige. Versammlungsfreiheit, die Freiheit, seine Meinung zu sagen. Freiheit von Not. Und den Beruf wählen zu können, den man wirklich will. Für all das, was in Deutschland heute selbstverständlich ist, haben Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten 145 Jahre lang gekämpft. Gegen teilweise erbitterten Widerstand. Mit vielen Opfern und nicht wenigen Rückschlägen.

18. Mai 1848:

Nationalversammlung in der Paulskirche.

23. Mai 1863:

Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins ADAV.

14. August 1869:
Das Eisenacher Programm wird beschlossen.

28. Februar 1873:
Pauline Staegemann gründet den Arbeiterfrauen- und Mädchenverein.

1. Oktober 1876:

Die erste Ausgabe des Vorwärts erscheint.

Der Vorwärts war immer mehr als nur die Zeitung der SPD. Er stellte die wichtigen Fragen der Zeit und gab Impulse. Denn die Freiheit beginnt im Kopf.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mk. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf Nr. 2 und 3 Monat, und auf den Monat Oktober bei den Buchhändlern, im Königr. Sachsen und Leipzig bei Carl Mendburg auch auf den ganzen Monat bei Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 15 Pf.
betr. Privatanzeigen Gebühr und Zeile pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Buchhandlungen und Postanstalten des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Sag.-deutsche Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Hall, 630 North 3rd Street.
St. Louis, 1128 Charlotte Str.
Chicago: W. Lochmann, 106 Division Street.
San Francisco: F. Ring, 418 O'Farrell Street.
London: Hardy, 9 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 1. Sonntag, 1. Oktober. 1876.

"Mit dem 1. Oktober a. c. haben laut Congreßbeschluß unsere bisherigen zwei offiziellen Parteiorgane „Volksstaat" und „Neuer Sozialdemokrat" zu erscheinen aufgehört und ist an deren Stelle als einziges offizielles Parteiorgan getreten der

„Vorwärts"

Centralorgan der Sozialdemokratie Deutschlands.
Redakteure: W. Hasenclever und W. Liebknecht.
Ort des Verlags: Leipzig.

Der Preis des „Vorwärts" ist per Quartal auf M. 1,60 festgestellt, und abonnirt man denselben bei allen Postanstalten, sowie den bisherigen Bezugsquellen.

Der „Vorwärts" erscheint ebenso wie „Volksstaat" und „Neuer Sozialdemokrat" 3mal wöchentlich. Die Bezugsbedingungen und Versandtage sind dieselben, wie bei den bisherigen Parteiorganen.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts" im Nachtrag XI, unter Nr. 3770a, Seite 2.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per Kreuzband beziehen, wird daselbe bei wöchentlich dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Oesterreich, Helgoland und Luxemburg 3 Mark per Quartal;
für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Nameriko 4 Mark;
Convertsendungen wöchentl. 2mal 10 Mrk. pr. Quart.
" " 1mal 4,80 Mrk. " "

☞ Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis (mit Bringerlohn) auf 1 Mark 80 Pf. pro Quartal und 60 Pf. pro Monat festgesetzt. Man abonnirt bei der Expedition d. Bl. Turkenstr. 12, und bei unseren Lokportoren. Für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: Volkmarsdorf, Reudnitz, Marienhausfeld 2c. 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Eisfeldstr. 14, Dof 1 Tr.; für Connewitz bei Carl Tebert, Dorfstraße, 19; für Kleinzschocher und Umgegend bei Fleischer, Schönig 13 daselbst; für Thonberg bei Kirsten, Hauptstr. 7, und Schau; für Reudnitz bei Schau; für Gohlis 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthalerstr. 17; für Stötteritz bei E. Grube, An der Papiermühle; für Eiubenau bei Frau Grebenstein, Aureliensstraße 3.

Für Berlin wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf (frei in's Haus) abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a und Rabenstr. Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts".

Die Arbeiter und die Zollfrage.

Mit besonderem Bezug auf Ungarn.

Von Leo Frankel.

Während meiner hiesigen Untersuchungshaft — wegen Betheiligung an der Pariser Commune — kam ich mit meinem Staatsanwalt unter anderem auch auf die Zollfrage zu sprechen. — Schutzzoll- oder Freihandels-Fragen, sie sonst nur in volkswirthschaftlichen Büchern oder Revuen erörtert wurden, tauchten plötzlich in Frage des bevorstehenden Ablaufes des 1867 zwischen Oesterreich und Ungarn gemachten zehnjährigen Vertrags in den Tagesblättern auf und wurden ganz von selbst zu Tagesfragen. Das mag auch den Staatsanwalt veranlaßt haben, meine diesbezügliche Meinung zu hören; aber wollte er wissen, ob ich merkwürdige Neuigkeiten besitze?

Bei die Ursache gewesen welche sie wolle, ich that — so befremdend dies auch klingen mag — für den Schutzzoll ein.

Man muß die ökonomischen Fragen immer auf ein gegebenes Land, auf gegebene Verhältnisse prüfen, man muß die sogenannte historische Methode anwenden, wie sie von Marx und Engels schon in den vierziger Jahren (in den deutsch-französischen Jahrbüchern) gelehrt wurde, denn es giebt im ökonomischen Leben keine unwandelbarlichen Gesetze, Gesetze die zu allen Zeiten und in allen Ländern gleich sind, sondern nur historische Gesetze, d. h. Gesetze, die mit dem Ablaufen einer gegebenen Entwicklungsperiode abtreten, so daß jede historische Periode ihre eigenen Gesetze hat.

Die industriellen Verhältnisse Ungarns sind heute eben noch derartig beschaffen, daß sie ebensoher eines Schutzzolls bedürfen, als die Englands des Freihandels, wie sich dies schon aus der Zahl derjenigen ergiebt, die in den Ländern der ungarischen Krone eine industrielle Beschäftigung haben.

Mit Industrie beschäftigen sich in den einzelnen Ländern der ungarischen Krone und zwar in:

Ungarn	534,500	Personen,
Siebenbürgen	63,740	"
Fiume	3,300	"
Croatien und Slavonien	29,960	"
der gew. Militärgrenze	15,500	"

Im Ganzen 646,000 Personen.

Bei einer Gesammtbevölkerung von 15,400,000 Seelen nur 4.20 Proz. Hiervon sind 291,000 selbstständige Unternehmer, ein Zeichen, daß die Industrie zum größten Theil noch handwerksmäßig betrieben wird, und nur 355,900 d. i. 2.30 Proz. Arbeiter und Gehilfen, während z. B. Belgien, das nur 5 Millionen Einwohner zählt, in den Fabriken allein 448,940 Arbeiter beschäftigt hat.

Wenn heute Engländer und Franzosen mit ihren Freihandelstheorien in alle Herren Länder hausiren gehen, darf man nicht vergessen, daß Englands Industrie durch hohe Zölle und Einfuhrverbote geschützt wurde, so lange es eben nothwendig war. Dudstifson, der englische Handelsminister, hatte noch 1824 große Schutzvorlesungen, als er das Verbot aufheben wollte, welches die englische Seidenindustrie gegen die französische schützte, und mußte an dessen Stelle einen Zoll von 30 Proz. auflegen, der erst 1846 herabgemindert wurde.

Frankreichs Industrie wurde besonders durch Colbert (Minister Ludwig des XIV.) gefördert, der sie mit Monopolen, Privilegien und Subventionen reichlich ausstattete und nebenbei auch hohe Zölle mit ein Einfuhrverbot diktirte. Nach einer im Mai l. J. in der Société d'economie politique Rattegehalten Diskussion über die Zollfrage zu schließen, hält der allgemeine Tarif Frankreichs heute sogar noch viele Artikel — Garnier behauptete 52 — davon Einfuhr verboten ist.

Welchen Erfolg könnte man nun von einer Armee ungeübter mit Feuerstringenwehren bewaffneten Soldaten, die sich mit einem kriegsgeübten, mit den neuesten Feuerwaffen ausgerüsteten Heere im Kampfe befinde, erwarten?

Auf dem Felde der Industrie hätte Ungarn mit seinen schlechten und schwachen Arbeitsmitteln nicht nur denselben Erfolg gegenüber England und Frankreich, nicht nur gegen Belgien, die Schweiz und Deutschland, sondern zum großen Theil selbst gegen das in der Industrie wenig vorgeschrittene Oesterreich, so daß Ungarn, wenn es das Bestreben fühlt, den größeren Theil seines eigenen Bedarfs an Fabrikaten zu decken und den eigenen Markt auch nur mehr oder minder zu beherrschen, die Interessen seiner Industrie auch gegen Oesterreich wahren muß; es müßte auch ein eigenes Zollgebiet haben.

Ungarns Industrie gleicht einem Kinde, dem noch das Stehen und Gehen gelehrt werden soll; es muß ihr noch sehr unter die Arme gegriffen werden, soll sie je auf eigenen Füßen stehen können.

Mein Staatsanwalt schien sich meinen Ausführungen mehr oder minder zuzuneigen. Er sprach nur seine Verwunderung darüber aus, daß ich mich als ein „Internationaler" für den Schutzzoll ausspreche, da er immer glaube, die Internationalen seien Freihändler.

Dies gab mir Gelegenheit, ihm zu sagen, daß dieselben weder Schutzzöllner noch Freihändler sind, daß sie sich diesen Fragen gegenüber ganz passiv verhalten, da dies keine Arbeiter-, sondern eine Kapitalistenfrage sei, daß sie weder an den amerikanischen Protectionsapostel Carey, noch an die englischen und französischen Freihandelsapostel wie Cobden und Bastiat glauben, daß unter dem einen oder dem andern System ist der Abhängigkeitsgrad der Arbeiter derselbe, unter beiden Systemen erhält sich ihr Lohn stellen höher und auch dies vorübergehend, als der Preis der zur ihrer Erhaltung nothwendigen Lebensmittel.

Wenn diese Frage aber auch wesentlich nur das Interesse der Kapitalisten und Grundbesitzer berührt, und die Art der Lösung von dem Verhältniß der Schlagkraften abhängen wird, so ist sie doch nicht ganz unwesentlich für diejenigen, die nichts als ihre Arbeitskraft zu Markt zu tragen haben. Allerdings nicht im Sinne jener Oekonomisten, welche behaupten, daß sich mit der Vergrößerung des Nationalreichthums die Lage der arbeitenden Klasse verbessern, und daß das Interesse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer daher ein gleiches sei. Nein, taschen wir weder uns noch andere. Die menschlichen Interessen mögen gleiche sein, das Interesse der Klassen aber nie und nimmermehr!

Für die Zukunft, für den Zerfallen des Menschheit hat dieser Antagonismus nichts Erschreckendes, sondern nur Erfreuliches an sich. Die ganze bisherige Geschichte der menschlichen Gesellschaft zeigt sich uns als ein Cyklus aufeinander folgender Kämpfe zwischen Klassen, Ständen und Parteien, die entgegengesetzten Interessen folgten. Es würde mich zu weit von meinem Gegenstand abführen, wollte ich hier erst den Nachweis liefern, wie die Unterdrückten bei allen diesen langwierigen Kämpfen schließlich doch als Sieger das Feld behaupteten. Bemerken will ich nur, daß alle diese Kämpfe, die sich im Grunde um materielle Interessen drehten, auch von entsprechenden geistigen Fortschritten begleitet waren. Der Kampf zwischen der Bourgeoisie und dem Adel, der sich in Frankreich bereits in den Communverhandlungen des 11. und 12. Jahrhunderts kundgibt, in dem Bauernkrieg, Jacquerie genannt, an Bedeutung gewinnt und seinen eigentlichen Abschluß in der Eröffnung der französischen Reichsstände (5. Mai 1789) findet, zeigt dies am Besten in seinen Encyklopedisten, den Philosophen des 18. Jahrhunderts.

Wäre es wahr, daß das Interesse der Arbeiter und Kapitalisten ein gleiches ist — und nehmen wir an, es sei so — dann müßten die Folgerungen auch im umgekehrten Falle wahr sein und wir dürften sagen: Alles, was im Interesse der Arbeiter liegt, ist auch im Interesse der Kapitalisten, und da man Jeder glaubt, die allgemeinen Interessen am besten vertreten zu können, müßten die Arbeiter wenigstens auch überall in den Parlamenten vertreten sein. Was sehen wir aber anhalt dessen? Die besitzende Klasse allein ist an den meisten Ländern vertreten, sie allein macht die Gesetze, sie allein schreibt die Steuern aus, sie allein schließt Verträge, während die Arbeiter systematisch von der Herrschaft ausgeschlossen werden.

Darf man sich dann wundern, wenn diese Gesetze als Klassengesetze, als gegen die Arbeiter, gegen die besitzlose Klasse gerichtet erscheinen, und die Oekonomisten, die stets gegen die Arbeiter Front machen und mit ihren Harmonielehren die Arbeiter nur glauben machen wollen, daß das Interesse der Kapitalisten zugleich das ihrige sei, als Schapphanten und Schlächter der besitzenden Klasse betrachtet werden?

Hatten vielleicht die Feudalherrn, die den Bauer gesetzlich zwangen, für sie zu arbeiten, der ihrer Gerichtsbarkeit unterstellt war (in Oesterreich-Ungarn sind die letzten Pfeiler des Feudalwesens erst 1848 niedergerissen worden), das Interesse der Bauern im Auge? Hatten die englischen Grundbesitzer, welche (bis 1846) die Kornzegesetze als für ihre Renten unumgänglich nothwendig betrachteten, das Interesse der Besitzlosen im Auge? Hatten die Plantagenbesitzer Südamerikas im Interesse der Sklaven die Waffen zur Aufrechthaltung dieses barbarischen Systems ergriffen? Oder hatten die früheren Meistergilden, die durch überreiche Gebühren selbst den tüchtigen Gesellen die Meisterschaft fast unmöglich machten, ja in vielen Fällen nur den Söhnen der Meister oder den zweiten Männern verwitweter Meisterinnen Zutritt ließen, das Interesse der Gesellen im Auge?

Auch die Arbeiter sind nicht so blöde, um zu glauben, daß ihr Ausschluß von der Gesetzgebung, das Verbot von Arbeiterkoalitionen, Nichteinführung von Fabrikgesetzen, das besoldeten und unabhängigen Fabrikinspektoren, oder das Bestehen ihrem Interesse liege.

Das Interesse der Arbeiter und Kapitalisten ist ebenso verschieden als das der Künstler und Verkäufer einer Waare, wo jeder nur seinen eigenen Vortheil sucht und schließlich immer derjenige im Nachtheil sein muß, der des andern am meisten bedürftig. Daß dies unter den besitzenden Beschlüssen der Arbeiter ist, braucht wohl kaum erst bewiesen zu werden. (Forts. folgt.)

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.

„Die Sozialdemokraten hetzen das Volk auf, machen es mit den herrschenden Zuständen unzufrieden." Das ist der gewöhnliche Vorwurf, der von Seiten der Spießbürger unserer Partei gemacht wird. Wir sagen „Vorwurf", weil es als Vorwurf gemeint ist. In Wirklichkeit ist's freilich kein Vorwurf, denn das sogenannte „Aufhetzen", das Erregen von „Unzufriedenheit" ist an sich ja durchaus nichts schlimmes. Wer gegen schlechte Zustände „aufhetzt", thut nur seine Schuldigkeit, und wer unter den Menschen „Unzufriedenheit" mit schlechten Zuständen verbreitet, handelt im Interesse des menschlichen Fortschritts. Die Unzufriedenheit ist die schöpferische Quelle aller menschlichen Errungenschaften. Von gebunkelnden Dichtern gepriesen, ist sie der Schrecken des Reformators und des Kulturgeschichtschreibers. Die Zufriedenheit, die Stillstand, in den menschenunwürdigen Verhältnissen und Lebenslagen ist der Feind jedes Fortschritts, das Hinderniß jeder Verbesserung; während umgekehrt die Unzufriedenheit, ihre Philisterthum to verhaßte Unzufriedenheit, das Triebrad der Kulturentwickelung bildet. „Hunger und Liebe" erhalten zwar, wie Schiller sagt, das Weltgetriebe, aber sie treiben die Welt nicht vorwärts; die Peitsche, welche die Menschheit vorwärtstreibt, das ist die Unzufriedenheit; die Unzufriedenheit ist es, was den Menschen vom Thier unterscheidet, was den Menschen über das Thier erhebt — die Unzufriedenheit ist die Triebfeder, die in der Menschenbrust — die Unzufriedenheit ist die wahre Kulturträgerin, die Fackelträgerin, der Sporn in dem großen menschlichen Kulturkampf.

Wenn man uns Sozialdemokraten also den Vorwurf macht, wir erregten Unzufriedenheit, hetzten das Volk auf, so macht man uns in Wirklichkeit ein Compliment, welches wir sehr gern annehmen, und welches wir in immer höherem Grade verdienen wollen. Ja wir wollen Unzufriedenheit verbreiten, ja wir wollen „aufhetzen"!

Sie lächeln verzeihlich, Herr Tessendorf und Compagnie. Sie denken gewiß: „Die guten Leutchen wollen mir die Arbeit erleichtern, sie schwimmen mit offenen Augen in mein Netz." Lächeln Sie nicht zu sehr, Herr Tessendorf und Compagnie. Sie laboriren an falschen Vorstellungen, von denen Sie sich emanzipiren sollten. Wir entfesseln Ihnen diesen Hatz nicht in unserem Interesse, sondern in dem Ihrigen. Je länger Sie auf dem Holzweg herumstolpern, desto besser für uns; bessere Feinde als die, welche uns bisher bekämpft haben, können wir uns nicht wünschen, und wir geben Ihnen die ehrliche Versicherung: wenn wir wüßten, was Sie wünschen, wenn wir wüßten, was Sie uns zutrauen, und einmal pro bono Sancti Stieberii frisch fröhlich frei zuschlagen — und wenn uns bei dieser Gelegenheit durch irgend einen Zufall gelänge, unsere Hauptfeinde, von Bismarck an bis herunter zu Tessendorf, zu fangen, wir würden das Beispiel Washington's befolgen, der einen durch ganz besondere „Genialität" ausgezeichneten englischen Generalsherr in seine Gewalt bekommen hatte; wir würden die genannten guten Freunde schleunigst wieder in Freiheit setzen, mit der Bitte, als einzigen Bedingung, daß sie so fortwürdigsthen mögen, wie sie bisher gewirthschaftet haben. Sie sehen, Herr Tessendorf und Compagnie, wir meinen es gut mit Ihnen; wir Sozialdemokraten sind eben so human, daß wir Ihnen eine kleine Belohnung angedeihen lassen müssen, auch auf die Gefahr hin, dadurch uns Nachtheile zu verursachen.

Nun aufgepaßt!

Wir wollen Unzufriedenheit erregen und „aufhetzen"! Gut. Aber was heißt das? Zur Unzufriedenheit und zum „Aufhetzen"

19. Oktober 1878:
Bismarck wird die SPD zu mächtig. Er will ihre Stärke mit den „Sozialistengesetzen“ brechen.

1879:
August Bebels Buch „Die Frau und der Sozialismus“ erscheint.

14. bis 20. Oktober 1891:
Das Erfurter Programm fordert den 8-Stunden-Tag und das Verbot von Kinderarbeit.

Die Bildungspartei. Gleiche Freiheitschancen nützen nur dem, der sie wahrnehmen kann: in der Familie, im Beruf, in der Gesellschaft. Der Schlüssel dafür: Bildung. Wilhelm Liebknecht bezeichnete die SPD „im eminentesten Sinne des Wortes als Partei der Bildung“. Im Eisenacher Programm von 1869 wurde der „obligatorische Unterricht in Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten“ gefordert.

19. Jahrhundert:

Kinder ab vier, sechs oder acht Jahren arbeiten nicht nur als Hilfskräfte und Dienstboten, sondern auch in der Textilindustrie, in Kohlegruben und Minen, zwischen 10 und 16 Stunden täglich. Sie haben keine Zeit für Schule. Und sie ruinieren ihre Gesundheit.

9. November 1918:
Philipp Scheidemann ruft die Republik aus.

23. November 1918:
Der 8-Stunden-Tag wird eingeführt.

30. November 1918:
Das Frauenwahlrecht wird beschlossen.

11. Februar 1919:
Wahl Friedrich Eberts zum Reichspräsidenten. Die SPD baut die parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik auf.

4. Februar 1920:
Durchsetzung des Betriebsrätegesetzes.

Die Arbeitspartei. Der Kampf gegen Ausbeutung und für Gerechtigkeit war einer der wichtigsten Ausgangspunkte der Arbeiterbewegung. Noch im 19. Jahrhundert waren 14-Stunden-Arbeitstage, Sonntagsarbeit und Kinderarbeit, Hungerlöhne, unmenschliche Wohnverhältnisse, katastrophale Gesundheitsversorgung Alltag. Proteste gegen Ausbeutung wurden durch Fabrikherren und Staat im Keim erstickt. Erst Sozialdemokraten und Gewerkschafter dämmten die Auswüchse dieses Manchester-Kapitalismus ein. Die Konservativen reagierten auf das Elend erst, als die Sozialdemokratie ein Machtfaktor wurde: Die Sozialgesetzgebung ab 1881 war eher Zugeständnis als Einsicht, dass sich etwas ändern muss. Nach Ende des Kaiserreiches 1918 konnten der 8-Stunden-Tag und das Verbot von Sonntagsarbeit durchgesetzt werden. In den folgenden Jahren erkämpfte die SPD gegen den erbitterten Widerstand der Fabrikbesitzer und der Konservativen die Grundpfeiler der Arbeitnehmerrechte – Tariffreiheit, Streikrecht, Koalitionsfreiheit, Mitbestimmung.

Untergang der Republik. Und eine Partei, die dagegen kämpft.

27. Februar 1924:
Gründung des Reichsbanners zum Schutz der Republik.

1925:

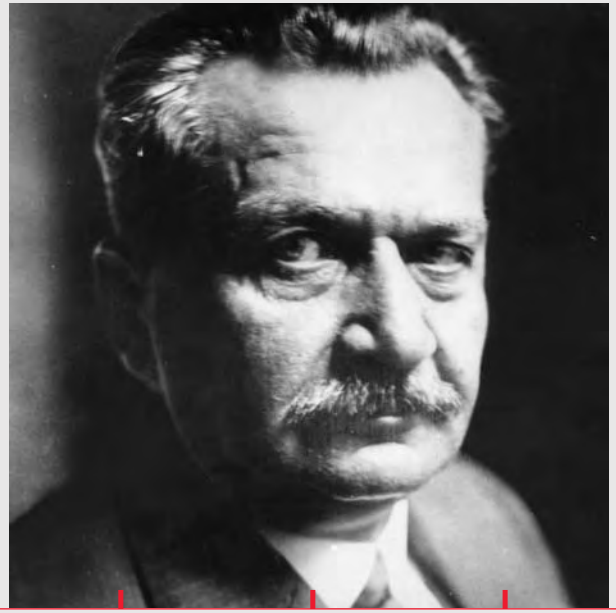
„Vereinigte Staaten von Europa."

„Die SPD tritt ein für die (...) Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen." (Heidelberger Programm)

1931:

Für die Republik.

Die SPD demonstriert gegen die Nationalsozialisten im Berliner Lustgarten.



1933

Vor 75 Jahren: Die Rede von Otto Wels.

Am 23. März 1933 begründet Otto Wels, warum die SPD das Ermächtigungsgesetz ablehnt – die letzte freie Rede im Reichstag. Die SPD stimmt geschlossen gegen das Gesetz. Der restliche Reichstag stimmt dafür. Im August 1933 wird Otto Wels die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt. Er muss ins Exil.

„Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“

Otto Wels, 1933

Die Friedenspartei. Die SPD hat seit jeher gegen Nationalismus und Militarismus gekämpft. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten traten für internationale Solidarität ein. Immer wieder wurden sie deshalb als Volksverräter beschimpft. Vor 75 Jahren warnte die SPD auf einsamem Posten vor den Kriegsplänen der Nazis. Schon kurz nach der „Machtergreifung“ wurden die ersten Sozialdemokraten eingesperrt, gefoltert und ermordet.

Die Demokratiepartei. Immer wieder wurden Sozialdemokraten wegen ihrer demokratischen Überzeugungen verfolgt. Schon im Kaiserreich, dann unter dem NS-Regime und schließlich unter der SED-Diktatur bewiesen viele großen Mut. Etliche Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bezahlten den Kampf für die Demokratie mit ihrem Leben. Die SPD weiß, wovon sie spricht, wenn es um den Wert der Demokratie geht.

2. Mai 1933:
Besetzung der SPD- und Gewerkschaftshäuser durch die SA.

10. Mai 1933:
Im Zuge der „Aktion wider den undeutschen Geist“ kommt es zu systematischen Bücherverbrennungen.

22. Juni 1933:
Die Nazis verbieten die SPD.

1948

Vor 60 Jahren: Die Arbeit am Grundgesetz beginnt.

Am 1. September beginnt der Parlamentarische Rat mit seiner Arbeit. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes, wie Kurt Schumacher, Carlo Schmid und Konrad Adenauer, ringen um jede Formulierung. Viele sozialdemokratische Forderungen werden nun Grundlage der Gesetzgebung.

Die Partei der Menschenrechte. „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ 1949 wurde der Artikel 1 des Grundgesetzes formuliert. Worte, die nach Auschwitz ein besonderes Gewicht besaßen. Für die SPD waren Menschenrechte und Demokratie immer leitende Ideen. 1918, als Philipp Scheidemann die Republik ausrief: „Alles für das Volk, alles durch das Volk!“ 1949, als Kurt Schumacher, Carlo Schmid sowie die Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen, wie Elisabeth Seibert, im Parlamentarischen Rat den sozialen Rechtsstaat in die Verfassung schrieben. Dieser Satz galt außerdem für Ernst Reuter und Willy Brandt, die im Westen Berlins gegen die kommunistische Diktatur und für die Freiheit standen.

1946/1947:
Neuanfang der Demokratie. Nach den ersten Wahlen stellt die SPD die Regierung in vielen Ländern.

20. Juni 1948:
Mit der Währungsreform wird die Deutsche Mark eingeführt.

24. Juni 1948:
Beginn der Berliner Luftbrücke. Am 9. September wendet sich Ernst Reuter an die „Völker der Welt“.

23. Mai 1949:
Das Grundgesetz wird verkündet.

„Mehr Demokratie wagen!“ Aufbruch für Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit.

1966:
Eintritt der SPD in die Große Koalition.

15. November 1959:

Das Godesberger Programm bekräftigt den Weg von der Klassenpartei zur Volkspartei.

„Das moderne Deutschland.“ Der ganze Muff der 1950er: überkommene Frauenbilder, nationalistische Überbleibsel, autoritäre Strukturen an den Schulen und in der Familie. Dagegen formierte sich in den 1960er Jahren eine breite gesellschaftliche Protestbewegung. Willy Brandt erklärte 1969 die sozialliberale Koalition als historisches Bündnis des Bürgertums mit der Arbeiterbewegung. Mit seiner großen persönlichen Glaubwür-

5. März 1969:
Gustav Heinemann
wird Bundespräsident.

digkeit gewann er viele „68er“ für die SPD. In West und Ost, in Washington, in Paris, aber auch in Prag und Warschau demonstrierte die Jugend für mehr Freiheit. Auch die Bundesrepublik wurde weltoffener, liberaler, moderner. Heute ist es normal, tolerant zu denken und zu handeln. Wir sind stolz darauf, das erkämpft zu haben.

1969

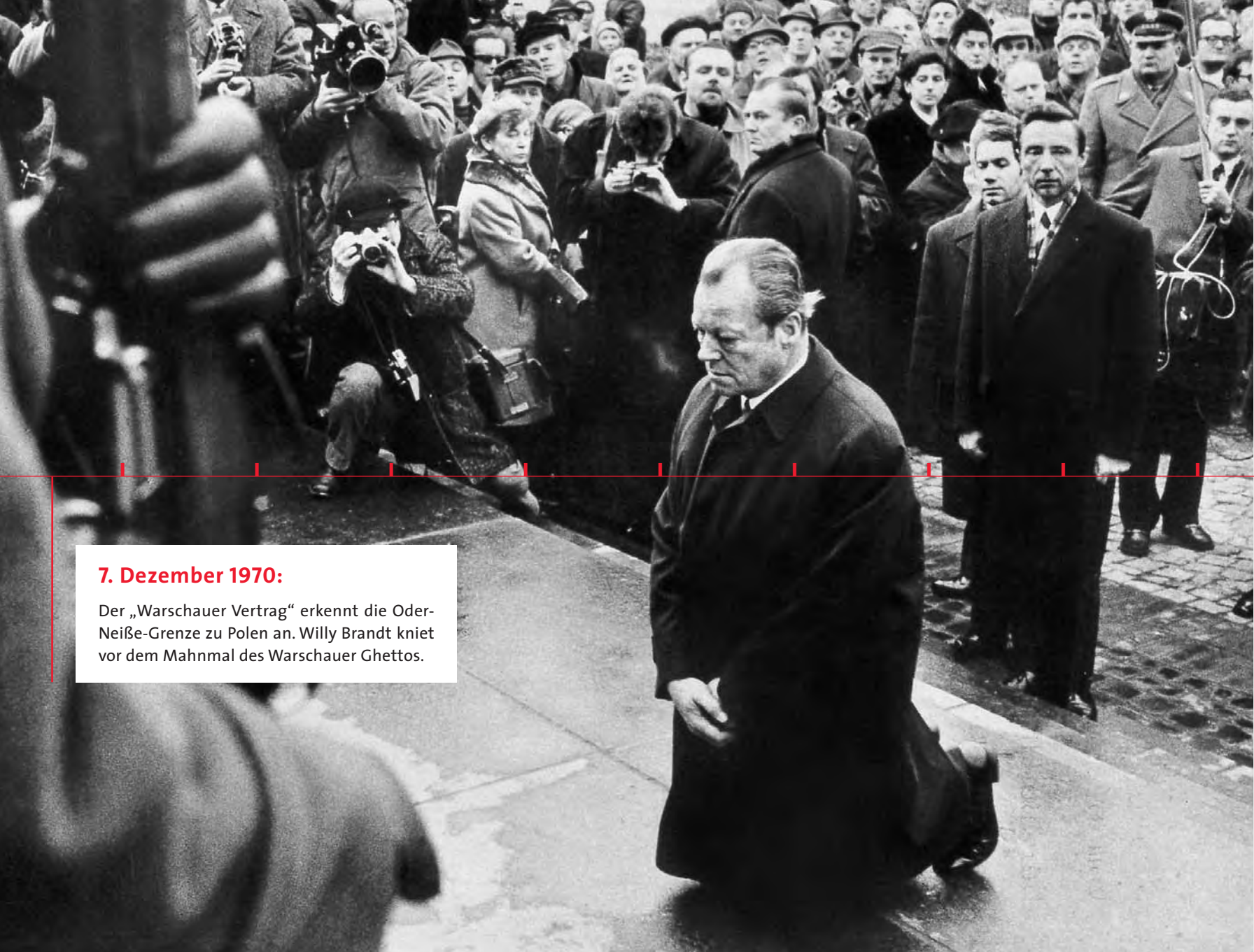
Vor 40 Jahren: Der Visionär im Kanzleramt.

Nach den Bundestagswahlen vom 28. September wird Willy Brandt erster sozialdemokratischer Bundeskanzler. Der zentrale Satz seiner Regierungserklärung: „Wir wollen mehr Demokratie wagen!“ Er gab den Hoffnungen einer neuen Generation Ausdruck.

16. April 1970:
Abschaffung der Studiengebühren.

26. August 1971:
Das BAföG wird eingeführt.

Arbeiterkinder bekommen eine Chance. Die Weimarer Reichsverfassung regelte erstmals den kostenlosen Schulbesuch. In der Bundesrepublik wurde diese SPD-Forderung in den meisten Bundesländern Ende der 1950er Jahre auch an den Gymnasien realisiert. In den 1960er und 1970er Jahren dann die Bildungsreform: Neue Hochschulen wurden gegründet, Studiengebühren abgeschafft, das BAföG eingeführt. Immer mehr Kindern aus Arbeiterhaushalten gelang der Bildungsaufstieg. Die soziale Spaltung nimmt heute wieder zu. Die SPD kämpft deshalb für den Ausbau von Kitas und Ganztagsschulen und hat den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr durchgesetzt.



7. Dezember 1970:

Der „Warschauer Vertrag“ erkennt die Oder-Neiße-Grenze zu Polen an. Willy Brandt kniet vor dem Mahnmal des Warschauer Ghettos.

Wandel durch Annäherung. Die „Entspannungspolitik“, die Willy Brandt als Außenminister 1966 begann und 1969 als Bundeskanzler fortsetzte, erkannte die Folgen des Zweiten Weltkrieges an, ohne sich mit der Spaltung Europas abzufinden. Die Fronten des Kalten Krieges brachen auf. Egon Bahrs Konzept „Wandel durch Annäherung“ wurde Realität. Unter Helmut Schmidt wuchs das internationale Vertrauen in die Bundesrepublik – nicht zuletzt deshalb stimmten die ehemaligen Alliierten der deutschen Einheit zu. Die friedliche Revolution in der DDR 1989 und die deutsche Einheit sind der krönende Abschluss sozialdemokratischer Entspannungspolitik.

10. Dezember 1971:
Willy Brandt bekommt den Friedensnobelpreis.

23. bis 25. März 1973:
Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) wird gegründet.

7. bis 11. Juni 1973:
Willy Brandt als erster Bundeskanzler in Israel.

21. Juni 1973:
„Grundlagenvertrag“ zwischen der Bundesrepublik und der DDR.

Gleiche Rechte für Mann und Frau. Die SPD schrieb als erste deutsche Partei die Gleichberechtigung auf ihre Fahnen. 1918 der erste große Erfolg: Das Frauenwahlrecht wurde eingeführt. Nachdem die Nationalsozialisten 1934 das passive Wahlrecht für Frauen wieder abgeschafft hatten, setzte sich die SPD nach 1945 für die volle Beteiligung der Frauen im politischen System ein. Noch in den 1950ern waren gleiche Rechte in Ehe und Familie

alles andere als selbstverständlich: Laut Eherecht hatte die Frau den Familiennamen des Mannes anzunehmen. Die Frau war vor allem für den Haushalt zuständig, der Mann fürs Geldverdienen. Solche Relikte haben Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gegen den erbitterten Widerstand der Konservativen abgeschafft.

Echte Wahlfreiheit, wirkliche Gleichstellung. Rechtlich gleich bedeutet aber noch längst nicht tatsächlich gleich. Noch immer tragen Frauen die Hauptlast der Familie, oft zusätzlich zum Beruf. Seit 1998 hat die SPD in der Bundesregierung deshalb den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder und die Einführung des Elterngeldes vorangetrieben. Erst so können junge Frauen und Männer die Erziehung partnerschaftlich teilen, Beruf und Kinder vereinbaren.

16. Mai 1974:
Helmut Schmidt wird Bundeskanzler.

Mitbestimmung auf Augenhöhe. Das Betriebsverfassungs- und das Mitbestimmungsgesetz aus den 1970er Jahren verbesserten die Beteiligung der Arbeitnehmer an wichtigen Entscheidungen. Ein Meilenstein für den sozialen Frieden, ein Leistungsanreiz für die Qualitätsproduktion – und ein kaum zu überschätzender Standortvorteil.

4. Mai 1976:

Nachdem 1972 durch das Betriebsverfassungsgesetz dem Betriebsrat mehr Rechte eingeräumt wurden, bringt das Mitbestimmungsgesetz seit 1976 mehr Mitbestimmung in Großunternehmen.

Das soziale Deutschland steht vor neuen Herausforderungen. Heute sind immer weniger Unternehmen in tariffähigen Arbeitgeberverbänden organisiert, immer weniger Arbeitnehmer in Gewerkschaften. Internationale Betriebsstrukturen setzen das deutsche Mitbestimmungsmodell unter Druck. Marktradikale Kräfte wollen die Gewerkschaften entmachten, den Kündigungsschutz aushebeln und ungesicherte Zeitarbeit ausweiten. Renditeerwartungen von Finanzinvestoren gefährden die Qualität der Arbeit. Zu viele Menschen können von ihrer Arbeit nicht mehr leben. Den Mindestlohn gibt es nicht geschenkt, aber unser Kampf dafür trägt erste Früchte.

„Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört.“

Willy Brandt, 1989

1989

Vor 20 Jahren: Die Mauer fällt.

Was viele nicht mehr zu hoffen wagten: Am 9. November nimmt die Teilung Europas ein Ende. Friedlich erkämpft von Bürgerinnen und Bürgern der DDR. Die sozialdemokratische Entspannungspolitik trägt Früchte.

27. Juni 1989:
Der Eiserne Vorhang bekommt Risse. Ungarn öffnet die Grenze.

20. Dezember 1989:
Im Berliner Programm greift die SPD die ökologische Frage auf.

18. März 1990:
Erste freie Volkskammer-Wahlen in der DDR.

3. Oktober 1990:
Deutschland ist wiedervereinigt.

27. September 1998:

Die SPD gewinnt die Bundestagswahlen. Gerhard Schröder wird der dritte sozialdemokratische Bundeskanzler.

26. August 1989:

Aufruf zur Gründung einer unabhängigen sozialdemokratischen Partei in der DDR. Am 7. Oktober wird in Schwante die SDP gegründet.

Die neue Verantwortung Deutschlands. Zur globalen Gefahr entwickelten sich die ökologischen Probleme: Klimapolitik ist im Kern Sicherheitspolitik. Nach dem 11. September 2001 beteiligte sich die Bundesrepublik am Kampf gegen den Terror unter UN-Mandat, vor allem in Afghanistan, sagte aber gleichzeitig „Nein“ zum Einmarsch in den Irak. Beides steht für eine souveräne Außenpolitik: Selbstbewusst, aber niemals überheblich, in ruhiger Erwägung deutscher Interessen, aber immer in enger europäischer Abstimmung – so wird die SPD der gewachsenen Verantwortung Deutschlands in der Welt gerecht.

23. Mai 1999:
Johannes Rau wird Bundespräsident.

Die Sozialdemokratie auf dem Weg ins neue Jahrtausend. Auch innenpolitisch zeigte die Regierung unter Gerhard Schröder Mut und packte längst überfällige Reformen an, um die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest zu machen. Mit der Riester-Rente wurden erstmals Anreize zur privaten Altersvorsorge geschaffen. Der Atomausstieg wurde besiegelt und das Erneuerbare-Energien-Gesetz eingeführt, das mittlerweile weltweit kopiert wird. Das neue Staatsbürgerschaftsgesetz verschließt endlich nicht mehr die Augen davor, dass Deutschland schon längst Einwanderungsland ist. Gleiche Rechte für alle, diese sozialdemokratische Idee stand Pate beim Gesetz für gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften und beim Antidiskriminierungsgesetz. Das Thema „Gute Arbeit“ bekommt eine europäische und globale Dimension. Im Hamburger Programm von 2007 fordert die SPD, dass Europa nicht nur Binnenmarkt, sondern gleichrangig europäischer Sozialraum sein muss. Wir wollen mehr europäische Demokratie wagen.

28. August 2002:
Gerhard Schröder sagt „Nein“ zum Irak-Krieg.

22. September 2002:
Gerhard Schröder und Rot-Grün werden bei den Bundestagswahlen bestätigt.

18. September 2005:
Bei den Bundestagswahlen liegen SPD und CDU gleichauf und bilden die Große Koalition.

28. Oktober 2007:
Hamburger Programm: Die SPD gibt Antworten auf die Globalisierung.

Für die solidarische Mehrheit. „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.“ Wir haben diese Worte vor 145 Jahren stolz auf unsere Fahnen geschrieben. Damals mussten sie für manche Ohren anmaßend klingen. Freiheit, ungestraft seine Meinung zu sagen, Freiheit, selbstbestimmt zu leben, war damals für viele nicht vorstellbar. Gleichheit der Geschlechter oder Gleichheit der Bildungschancen, für viele damals Teufelszeug. Brüderlichkeit bedeutete für viele Verrat an Nation oder „gottgegebener“ Ordnung. Doch mutige Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben an ihre Idee geglaubt, dass Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität möglich sind. Wir haben viel erreicht und wir setzen unseren Weg fort: für dauerhaften Frieden, für die Sicherung der ökologischen Lebensgrundlagen, für Gleichberechtigung und Selbstbestimmung. Millionen Menschen teilen diese Ziele. Wir wollen sie für die Sozialdemokratie gewinnen.

SPD

Jeder kann die Zukunft des sozialen und demokratischen Deutschlands mitgestalten.
Mehr Informationen unter: www.mitmachen.spd.de

Bildnachweis:
AdsD in der FES, Berliner Vorwärts Verlag, Bundesbildstelle,
dpa Picture-Alliance, EMMA-Frauenverlags GmbH, Fotoarchiv Jupp
Darchinger im AdsD in der FES, Marco Urban

Artikelnummer: 300 06 64

V.i.S.d.P.: SPD Parteivorstand, 10963 Berlin
Konzeption und Gestaltung: BUTTER. Agentur für Werbung GmbH